

## Der Streit um die Neuauslegung der Planfeststellungsunterlagen in Friedrichshain oder Keine weiteren Informationen erforderlich?

Versuchen sie mal spaßeshalber folgende Gedankenlogik nachzuvollziehen:

Ein Projekt wird geplant und die Bewohner vorwiegend über dessen grandiose Vorteile informiert. Erstaunlicherweise kommen trotzdem sehr viele Einwendungen aus der Bevölkerung - dabei vielfach zu möglichen negativen Auswirkungen, die bisher in keinsten Weise erwähnt wurden. Und wie reagieren die Planer? Sie argumentieren daraufhin: Weitere Informationen an die Bevölkerung seien nicht notwendig, da ja die vielen Einwendungen beweisen, dass ausreichend informiert wurde!

Etwa nicht logisch? Vielleicht noch mal langsam lesen und auf der Zunge zergehen lassen. Wir haben uns dieses sophistische Meisterstück natürlich nicht selber ausgedacht, sondern es handelt sich um ein Antwortschreiben der zuständigen Staatssekretärin Frau Krautzberger vom Februar 2010 im Namen der Stadtentwicklungssenatorin Frau Junge-Reyer an das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg. In ihm geht es um die vom Bezirksamt geforderte Neuauslegung der Planfeststellungsunterlagen zur Verlängerung der A100 im Bezirk Friedrichshain.

Seitens des Senats würde man natürlich allzu gern diesen unliebsamen zusätzlichen Aufwand vermeiden und behauptet im besagten Schreiben wider besseres Wissen, dass die vorliegenden Planfeststellungsunterlagen doch schon einige Informationen zu den Auswirkungen auf den Bezirk Friedrichshain beinhalten. (Dies ist jedoch definitiv falsch!)

Anschließend schlussfolgert man, hätten die Unterlagen damit ihrer erforderlichen Anstoßwirkung genüge getan, was sich wiederum aus der großen Zahl der Einwendungen aus Bereichen außerhalb des konkreten Plangebietes und vor allem aus dem Bezirk Friedrichshains ergäbe. Weitere Informationen seien deshalb nicht zwingend erforderlich.

Sind die Friedrichshainer also selber schuld. Was schreiben sie auch so viele Einwendungen. Dabei gab ihnen ihr "Bauchgefühl" ja recht. Anfang des Jahres an die Öffentlichkeit gekommene Verkehrsprognosen zeigen eine beachtliche Steigerung des Autoverkehrs in vielen Friedrichshainer Kiezen im Falle der Autobahnverlängerung (siehe Abbildung auf der Hauptseite). Das wiederum bedeutet, die Belastung durch Lärm und Feinstaub würde sich in mehreren Wohngebieten stark erhöhen.

Unter anderem aus diesem Grund meinen wir nach wie vor:  
Eine Neuauslegung der Planfeststellungsunterlagen im Bezirk Friedrichshain ist dringend erforderlich!